

Zur Bedeutung der Kommunalpolitik für die Bürgerbeteiligung

Moritz Johannes Brunn

Was macht die Kommunalpolitik zu einem wichtigen Zukunftsthema der Bürgerbeteiligung?

Das Vorankommen beim Thema Bürgerbeteiligung wurde in der Vergangenheit wesentlich durch vielfältige Prozesse einer Professionalisierung unterstützt: Differenzierte Methoden wurden entwickelt (vgl. u.a. Stiftung Mitarbeit & ÖGUT 2018; zur Auswahl von Verfahren siehe Fuhrmann und Brunn 2005), in der Praxis finden sich vielfältige Anwendungen (1), professionelle Anbieter (2) offerieren ihre Dienstleistungen und die Wirkung bzw. Wirkungsanalyse von Bürgerbeteiligung wird untersucht (vgl. u.a. Goldschmidt 2014; Schröder 2013) (3).

Die Möglichkeiten Bürgerbeteiligung durch Professionalisierung weiter voranzubringen erschöpfen sich jedoch, wenn nicht gleichzeitig eine Steigerung des Einflusses von Bürgerbeteiligung angestrebt wird. Will man den Einfluss von Bürgerbeteiligung vergrößern, dann führt an der Berücksichtigung der Politik in den Überlegungen und Handlungen der Engagierten für Bürgerbeteiligung kein Weg vorbei. Insbesondere dann nicht, wenn mit Bürgerbeteiligung diejenige Form von Beteiligung gemeint ist, bei der Menschen Einfluss auf die Entscheidungsprozesse in Politik und Verwaltung ihrer Kommune nehmen (können) (vgl. das Schema zum Konzept der politischen Partizipation von van Deth 2016, S. 8) (4).

Wo wird in Deutschland über die Verwendung öffentlicher Mittel entschieden bzw. wo werden die rechtsverbindlichen Beschlüsse gefasst? Auf Ebene der Gemeinden sind das die Gemeinderäte, die wiederum in das Feld der Kommunalpolitik eingebettet sind. Gleichzeitig muss allerdings betont werden, dass die Akteure der Gemeinde- und Stadtentwicklung vielfältig sind: Auch Privatleute, Grundstücksbesitzer/innen und Unternehmen entwickeln Gemeinden und Städte (Fuhrmann und Brunn 2016, S. 75–76; Selle 2013, S. 77–81).

Dieser Beitrag arbeitet die Bedeutung der Kommunalpolitik für die Bürgerbeteiligung heraus und stellt Befunde vor, die für die Betrachtung des Verhältnisses von Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung wichtig sind: 1. Kommunalpolitik ist nicht nur ein Zukunftsthema für die Bürgerbeteiligung, sondern es besteht eine wechselseitige Ergänzung zwischen ihnen. 2. Warum ist Beteiligung für die Kommunalpolitik wichtig? 3. Wer verbirgt sich hinter dem Begriff der Kommunalpolitik? 4. Welche Unterschiede zwischen Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik gibt es zu beachten? 5. Fazit: Offene Fragen und Lehren für die Leitlinien/Satzungen zur Bürgerbeteiligung.

1. Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik: Ein wechselseitiges Verhältnis

Eine These des Netzwerktreffens 2018 des Netzwerks Bürgerbeteiligung hieß: Die Rolle der Kommunalpolitik in der Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Zukunftsthema (5). Dem kann nur zugestimmt werden. Wird die Kommunalpolitik in Vorhaben und Prozessen mit Bürgerbeteiligung ausgeblendet, dann wird diejenige Arena in

Städten und Gemeinden ausgeklammert, in der die verbindlichen Entscheidungen – beispielsweise zu Haushalt, Baurecht und Planung – getroffen werden. Die Einflussmöglichkeiten von Bürgerbeteiligung wären von vornherein beschränkt oder gar nicht vorhanden.

Selbstverständlich kann auch ein Beteiligungsprozess ohne politischen Einfluss demokratiefördernde Wirkungen bei den Teilnehmer/innen entfalten – Toleranz kann gefördert, Sozialkapital aufgebaut und Meinungen fundierter werden (Neunecker 2016, S. 282). Ob Teilnehmer/innen in Beteiligungsprozessen allerdings begeisterte Anhänger der Bürgerbeteiligung werden, wenn die Prozesse folgenlos sind, muss bezweifelt werden (Gesenharter 2012, S. 238; Lange 2018, S. 1). Vermutlich nehmen diese Menschen an keinem weiteren Bürgerbeteiligungsverfahren teil oder sind zumindest deutlich skeptischer was ihre Mitarbeit bei weiteren Beteiligungsangeboten angeht. Ihr Wunsch gehört zu werden und mitzureden wurde enttäuscht. Einfluss auf Entscheidungen in Politik und Verwaltung zu erzielen muss daher primäres Ziel von Bürgerbeteiligung sein bzw. von Seiten der Verantwortlichen in Politik und Verwaltung zugelassen werden.

Die Wichtigkeit der Kommunalpolitik als Zukunftsthema für eine politisch wirksame Bürgerbeteiligung wird auch durch einen Blick auf die Bedeutung von direkter und dialogischer Demokratie (6) deutlich. Es wird unten gezeigt, dass man sich hinsichtlich ihrer Verbreitung und des Einflusses beider Beteiligungsformen auf die Gestaltung in den Kommunen keinen Illusionen hingeben sollte (zur Anwendungshäufigkeit vgl. auch Roth 2017, S. 72–73). Allerdings wird zurecht darauf hingewiesen, dass die verschiedenen demokratischen Beteiligungsverfahren auch in ein Zusammenspiel gebracht oder gekoppelt werden können (für eine Übersicht siehe Allianz Vielfältige Demokratie 2018; Cheneval und el-Wakil 2018 leiten eine Diskussion des Institutionendesigns von Referenden ein) (7). Alleinstehend haben diese beiden Formen der Demokratie allerdings nur einen geringen bzw. gar keinen Einfluss, wie die beiden folgenden Abschnitte zeigen.

Einfluss direkter Demokratie?

In den Jahren von 1956 bis 2015 kam es in Deutschland nur zu insgesamt ca. 3.500 Bürgerentscheiden (Rehmet und Mittendorf 2016, S. 15). Stellt man die Anzahl der Bürgerentscheide der Zahl von ca. 11.000 Gemeinden gegenüber, wird deutlich, dass es rein rechnerisch überhaupt erst in ca. einem Drittel der Kommunen zu einem Bürgerentscheid gekommen ist – und das über mehrere Jahrzehnte hinweg (8). Insofern stellt die repräsentative Kommunalpolitik auf Gemeindeebene die maßgebliche Arena für verbindliche Entscheidungen in den Kommunen dar. Bürgerbeteiligung, die bereits vor Umsetzung und Ausgestaltung von Entscheidungen Einfluss nehmen will, muss deshalb insbesondere die repräsentative Kommunalpolitik in den Blick nehmen.

Hier könnte erwidert werden, dass eine Steigerung des Einflusses von Bürger/innen besser über eine häufigere Anwendung direktdemokratischer Verfahren zu erreichen wäre anstatt über den Umweg einer Vernetzung von Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung. Vermutlich wird sich zeigen, dass diese Frage je nach Kommune unterschiedlich beantwortet wird. Wo es Gemeinderäte gibt, die offen für Bürgerbeteiligung sind, kann ein Bürgerentscheid unnötig sein und andersherum. Ob allerdings die Zuspitzung vieler Sachverhalte auf eine mit »Ja«

oder »Nein« zu beantwortende Frage dabei hilft, dass Menschen sich von der Politik berücksichtigt fühlen, darf mit Skepsis gesehen werden.

Einfluss deliberativer oder kooperativer Demokratie?

Nicht nur ein Blick auf die bisher geringe Verbreitung von direktdemokratischen Verfahren kann als Argument für die Bedeutung der Kommunalpolitik als Zukunftsthema der Bürgerbeteiligung betrachtet werden. Auch ein Blick auf die Verfahren der kooperativen Demokratie (nicht gesetzlich vorgeschrieben oder verankert) zeigt, wie wichtig es ist, die Kommunalpolitik zu berücksichtigen. Beispielsweise können Bürgerhaushalte sicherlich viele gute Wirkungen entfalten. Allerdings sind auch Bürgerhaushalte bisher kaum verbreitet: Für 2015 wurden 71 Bürgerhaushaltsverfahren in ganz Deutschland gezählt (Ermert et al. 2015, S. 6) (9). Hinzu kommt der geringe oder unverbindliche Einfluss vieler Verfahren. So ist die Mehrzahl der Verfahren vorschlagsbasiert ohne Entscheidungsrechte für die Bürger/innen. Nur bei einem kleinen Teil dieser Verfahren erfolgt zudem eine detaillierte Rechenschaft zu den Vorschlägen oder gar ein Monitoring (Ermert et al. 2015, S. 17). Von einem wirksamen Einfluss der Bürgerhaushalte zu sprechen, muss auf Basis dieser Betrachtungen schwerfallen, auch wenn einzelne gute Beispiele existieren (10).

Vielfältige Demokratie?

Die verschiedenen Demokratie- oder Beteiligungsformen werden seit einigen Jahren unter der Klammer des Begriffs einer vielfältigen Demokratie zusammengefasst (Allianz Vielfältige Demokratie 2018, S. 6; Bertelsmann Stiftung 2014, S. 12; Roth 2017, S. 74–75). Hierbei werden die verschiedenen Beteiligungsformen häufig als drei gleichstarke Säulen dargestellt, die die vielfältige Demokratie tragen (11): Neben den repräsentativen Formen der Beteiligung oder vielleicht besser der Beteiligung in der repräsentativ organisierten Demokratie in Deutschland sind dies direktdemokratische sowie dialogorientierte, deliberative Formen der Demokratie.

Als Darstellung dreier unterschiedlicher Funktionslogiken demokratischer Beteiligung, die eine vielfältige Demokratie ausmachen, eignet sich das Säulenmodell sehr gut (Allianz Vielfältige Demokratie 2017, S. 6). Man sollte sich jedoch anhand dieser Darstellung nicht täuschen lassen: Hinsichtlich der Verbreitung und des Einflusses ist die Säule der repräsentativen Demokratie mit deutlichem Abstand zu den anderen beiden Säulen am breitesten. Das gilt auch für die kommunale Ebene, wobei für manche Stadt mit mehreren durchgeführten Bürgerbegehren und -entscheiden bereits eine deutlich ausgeprägtere direktdemokratische Säule vorhanden wäre (Rehmet und Mittendorf 2016, S. 18). Zur Quantifizierung dialogischer Beteiligungsverfahren liegen für Deutschland (Gohl 2011, S. 94) und international leider keine Zahlen vor (Fung 2015, S. 2). Für größere deutsche Städte hat das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) eine postalische Befragung durchgeführt, die u.a. zeigte, dass Verfahren zur Information sehr viel häufiger eingesetzt wurden als Verfahren zur Mitentscheidung (Landua et al. 2013, S. 13).

Komplementarität von Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung

Schon lange wird über das Verhältnis von repräsentativer (Kommunal-)Politik und Bürgerbeteiligung diskutiert (vgl. u.a. Kestler 2011; Kielmansegg 2016; Kleger 2018; Knemeyer 1997; Nullmeier 2015; Thaa 2012). Kielmansegg

(2016, S. 12–13) betrachtet das Verhältnis zwischen Repräsentation und Partizipation als komplementär, d.h. widersprüchlich oder ausschließend und sich zugleich wechselseitig ergänzend. Seine Ausführungen sind auch für die kommunale Ebene relevant, weil Kommunalpolitik überwiegend repräsentativ verfasst ist. Die Komplementarität sei dabei aber nicht unmittelbar einsichtig. Wodurch entsteht sie? Die Brücke zwischen Partizipation und Repräsentation (ein Einzelner oder eine Gruppe handeln für eine politische Einheit) entsteht laut Kielmansegg über das Konzept der Demokratie: Ein politischer Prozess, der demokratisch sein soll, setzt die Freiheit der Bürger/innen voraus. Denn nur auf Basis der Freiheit der Bürger/innen seien politische Interventionen von Seiten der Bürger/innen denkbar, die einen politischen Prozess demokratisch machen. Aus diesem Grund ist ein repräsentativ organisierter politischer Prozess, der sich als demokratisch legitimiert, auf die Partizipation der Bürger/innen angewiesen bzw. muss Interventionen aus der Bürgerschaft mindestens ermöglichen, wenn nicht sogar fördern, um seine Legitimation zu erhalten.

Das wechselseitige Verhältnis bedeutet aber nicht nur, dass eine demokratische Repräsentation auf Partizipation angewiesen ist, sondern auch, dass Repräsentation eine Voraussetzung für demokratische Partizipation ist. Diese Perspektive kann beim z.T. berechtigten Frust von Bürger/innen und Beteiligungsexpert/innen über die repräsentative Politik aus dem Blick geraten. Partizipation in Großgesellschaften ist ohne Repräsentation nicht möglich. Eine Erklärung hierfür lautet, dass erst durch die Lücke (im Englischen »gap«) zwischen Repräsentierten und Repräsentanten, politisch überhaupt etwas sichtbar wird (Näsström 2006, S. 326). Gäbe es keine Menschen oder Gruppen, die politisch für oder gegen etwas stehen würden, dann könne nicht sichtbar werden, was politisch zur Entscheidung steht.

Das gilt im Übrigen auch für direkte und dialogische Beteiligung: Gäbe es keine Personen, die z.B. ein Bürgerbegehren anstreben, dieses formulieren und dafür werben würden, könnte nicht sichtbar werden, was durch einen Bürgerentscheid politisch entschieden werden soll. Hinsichtlich dialogischer Beteiligung ließe sich fragen, worauf sich ihre Ergebnisse denn überhaupt richten bzw. wen oder was sie beeinflussen könnten, wenn es keinen organisierten Prozess von Politik gäbe. Die Kommunalpolitik sollte also nicht nur ein wichtiges Zukunftsthema für diejenigen sein, die sich für Bürgerbeteiligung einsetzen, diese organisieren und daran teilnehmen. Auch für eine Kommunalpolitik, die sich als demokratisch versteht, muss Bürgerbeteiligung ein wichtiges Thema sein. Für eine nach republikanischen Prinzipien verfasste freiheitliche Demokratie muss aber folgendes Organisationsprinzip gelten: Es sei so viel Partizipation wie möglich und so viel Repräsentation wie nötig umzusetzen und nicht umgekehrt (Maihofer 1994, Rn. 84) (12).

Gerade in einer komplementären Betrachtung von Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung liegt vielleicht der Schlüssel, Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene voranzubringen. Wichtig ist jedoch, dass die Komplementarität zwischen repräsentativer Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung immer spannungsreich ist. Die Repräsentanten kommen trotz Austausch und Dialog mit den Bürger/innen irgendwann an den Punkt, dass sie entscheiden müssen – selbst der Beschluss zur Durchführung eines Ratsreferendums bedarf ihrer Entscheidung (vgl. Kielmansegg 2016, S. 13–16).

2. Bedeutung der Bürgerbeteiligung für die Kommunalpolitik

Im vorherigen Abschnitt wurde aus konzeptionellen Überlegungen ein Argument abgeleitet, dass sich repräsentative Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung wechselseitig als wichtige (Zukunfts-)Themen betrachten sollten. Allerdings sprechen auch einige praktische Argumente dafür, dass sich die Kommunalpolitiker/innen dem Thema Bürgerbeteiligung weiter öffnen sollten. Zum Beispiel liegt die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen im Durchschnitt deutlich niedriger als bei Landtags- und Bundestagswahlen (Deutscher Bundestag 2015, S. 4; Korte 2017; Renner 2018, S. 3). Das muss noch kein Zeichen einer geringen Legitimität der Repräsentanten auf kommunaler Ebene sein, aber Wahlbeteiligungen unterhalb von 50%, die durchaus auf kommunaler Ebene vorkommen, sind als problematisch anzusehen (Merkel 2014, S. 34).

Wissenschaftlich konnte zudem gezeigt werden, dass es den sog. »engagierten Nichtwähler« nicht gibt. Das heißt, es ist nicht so, dass Menschen zwar nicht zur Wahl gehen, sich aber dafür über andere Kanäle beteiligen (Steinbrecher 2009, S. 290). Nichtwähler beteiligen sich generell weniger und sind damit vermutlich auch schwerer von Seiten der Kommunalpolitik zu aktivieren, wenn es darum geht, lokale Gemeinschaft zu entwickeln und zu tragen.

Hier muss jedoch auch eine Warnung ausgesprochen werden. Zwar ist es möglich ein Repräsentationsdefizit der Kommunalpolitik – ohne hier weiter ins Detail zu gehen – durch erweiterte Möglichkeiten zur freiwilligen Bürgerbeteiligung zu mindern. Ob es gänzlich aufgehoben werden kann, muss aber bezweifelt werden, denn Wahlen stellen die egalitärste (13) Beteiligungsform dar (Schäfer und Schoen 2013, S. 100). Heißt das nun, sich mit geringen Wahlbeteiligungen auf kommunaler Ebene abfinden zu müssen? Nein, keinesfalls, denn ernst gemeinte und gut umgesetzte Bürgerbeteiligung kann einen aktivierenden Impuls für die lokalen Gemeinschaften entfalten.

3. Kommunalpolitik: Was heißt das überhaupt?

Von Seiten der Bürgerbeteiligungsengagierten – den Autor eingeschlossen – ist unter Umständen nicht immer klar, was oder wer mit dem Begriff der Kommunalpolitik gemeint ist und welchen Handlungslogiken unterliegend sich die Repräsentanten wahrnehmen. Vielfach werden in Beteiligungsverfahren einzelne Ratsmitglieder einbezogen. Oliveira (2017) betrachtet das folgendermaßen: Politiker/innen kommen zu den Veranstaltungen, bekunden großen Willen, indem sie mit Bürger/innen sprechen, Fragen beantworten und ihre Positionen erklären. Dieses niedrige, wenig intensive Engagement von Politiker/innen zu erhalten, ist aus Oliveiras Sicht leicht. Aber dieses Engagement erfolge individuell. Die Politiker/innen beziehen weder ihre Parteien ein, noch bringen sie Ideen von Bürger/innen in den Entscheidungsprozess ein. Selbst dann nicht, wenn diese Beiträge mit höchster Plausibilität und Unabhängigkeit zustande gekommen sind.

Sicherlich handeln keinesfalls alle Kommunalpolitiker/innen nach diesem Muster. Interessant ist aber die Frage, wie das von Oliveira geschilderte Verhalten erklärt werden kann. Petersen (2010, 170–172, 177) arbeitet heraus, dass Parteien und Fraktionen zentrale Bezugspunkte für Ratsmitglieder sind. Den Fraktionen komme dabei für die Ratsmitglieder eine noch höhere Bedeutung als den Parteien zu. Sie sind von größerer Bedeutung als einzel-

ne Beteiligungsverfahren. Mit wem arbeitet ein einzelnes Ratsmitglied denn über die Dauer einer Legislaturperiode konstant zusammen? Mit den Mitgliedern seiner/ihrer Fraktion und nicht mit den Bürger/innen einzelner Beteiligungsverfahren. Es lässt sich die Frage anschließen, in welchem kommunalen Beteiligungsmodell neben einzelnen Ratsmitgliedern auch die Fraktionen institutionell in Beteiligungsverfahren eingebunden sind.

Neunecker (2016, S. 274) beschreibt zudem, dass sich einige Politiker/innen als ohnehin responsiv, d.h. in Übereinstimmung mit den politischen Vorstellungen der Bürger/innen handelnd (Kersting 1997, S. 78), wahrnehmen. Dadurch ist die Bereitschaft gehemmt, Ergebnisse aus konsultativen Beteiligungsverfahren in politische Entscheidungen zu übersetzen. Wo die Wünsche der Bevölkerung nach eigener Wahrnehmung erfüllt werden, ist eine zusätzliche Partizipation zu Wahlen überflüssig. Analysen haben zudem gezeigt, dass vielen von staatlichen Stellen gesponserten Beteiligungsverfahren die Annahme zugrunde liegt, dass es ein kognitives oder Vertrauens-Defizit auf Seiten der Öffentlichkeit gibt (Braun und Könninger 2018, S. 676) (14).

Hinsichtlich des wahrgenommenen Einflusses der Parteien auf die Ratsmitglieder, fallen die Antworten je nach Bundesland unterschiedlich aus: In Baden-Württemberg wird der Einfluss lokaler Parteiorganisationen deutlich geringer eingeschätzt als in Hessen, dem Saarland und Schleswig-Holstein (Egner et al. 2013, S. 74). Spricht das nicht aus Sicht der Bürgerbeteiligungsengagierten sehr stark dafür, sich in bestimmten Bundesländern auch mit den lokalen Parteiorganisationen abseits von einzelnen Rats- oder Parteimitgliedern zu vernetzen?

Zu guter Letzt darf nicht vergessen werden, dass Ratsmandate und Fraktionsvorsitz auf kommunaler Ebene grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt werden (Holtkamp 2014, S. 286). Je größer eine Kommune ist, desto größer ist dabei auch der Arbeitsanfall gemessen an der Anzahl von Ratsvorlagen (Rudzio 2015, S. 374–375). Die verfügbare Zeit vieler Ratsmitglieder wird zusätzlich dadurch eingeschränkt, wenn Mandate auf unterschiedlichen Ebenen wahrgenommen werden (Patzelt 2012, S. 155). Hier muss man sich bei der Realisierung von Bürgerbeteiligung gut überlegen, wie die Einbeziehung von einzelnen Ratsmitgliedern in Beteiligungsverfahren überhaupt gelingen kann.

4. Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik: Unterschiedlichkeit berücksichtigen!

Die vorherigen Abschnitte bieten Einblicke in das Verhältnis von Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung. In diesem Abschnitt werden einige Unterschiede zwischen Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik herausgearbeitet. Die Tabelle stellt dabei den Beginn einer ggf. wichtigen und hilfreichen Analyse dar. Sie ist keineswegs abgeschlossen.

Wird aber die Frage der Vernetzung zwischen Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik als wichtiger Teil der Bearbeitung des Zukunftsthemas Kommunalpolitik angesehen, kann die Berücksichtigung der Unterschiede wesentlich sein.

	Kommunalpolitik	Bürgerbeteiligung
Verfahren	Die Verfahren, nach denen in der Kommunalpolitik gearbeitet wird, sind rechtlich vorgegeben. Das dient u.a. dem wichtigen Prinzip der Rechtsstaatlichkeit. Dadurch besteht aber u.U. nur eine geringe Flexibilität, was das Andocken von Bürgerbeteiligungsverfahren erschwert. Die Arbeit der Räte ist zudem sehr an den Vorlagen der Verwaltung orientiert.	Verfahren nicht gesetzlich vorgeschriebener Bürgerbeteiligung sind nicht definiert. Es gibt eine Vielzahl von Methoden aber für bestimmte Anlässe sind keine definierten Verfahren vorgeschrieben. Auch Qualitätskriterien (15) guter Bürgerbeteiligung sind nicht gesetzlich vorgegeben. Verfahren können variabel, spielerisch, offen, innovativ sein, d.h. es besteht eine hohe Flexibilität was aber auch negativ als Willkür betrachtet werden kann. Ggf. kommen dadurch von Seiten der Kommunalpolitik Zweifel an der Ernsthaftigkeit und Verbindlichkeit dieser Verfahren auf.
Personal	Das Personal der Kommunalpolitik ist über die Dauer einer Wahlperiode vorwiegend konstant. An bestimmten Themen arbeiten z.T. seit einigen Wahlperioden die gleichen Personen. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass sich die Mitglieder von Gemeinderäten hinsichtlich ihrer Merkmale (überwiegend männlich, mittleren Alters und der Mittelschicht zugehörig) deutlich von der Gesamtbevölkerung unterscheiden (Egner et al. 2013, S. 158).	Auf Seiten der sich beteiligenden Bürger/innen sind allgemeine Aussagen schwierig, z.T. sind einzelne Bürger/innen seit vielen Jahren zu einem bestimmten Thema aktiv. Andere beteiligen sich nur sporadisch. Immer noch viel zu häufig rekrutieren sich die Teilnehmer/innen an Beteiligungsverfahren selbst, was auf Seiten der Kommunalpolitik eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Repräsentativität der Ergebnisse hervorrufen kann (16).
Ziele der Personen	Mit Ausnahme der Grünen haben in einer Befragung von Egner et al. (2013, S. 79) alle anderen Parteigruppen die Ansiedlung von wirtschaftlichen Aktivitäten als wichtigstes Ziel genannt.	Die Zielsetzungen auf Seiten der Bürger/innen können sich von den Prioritäten der Ratsmitglieder/innen erheblich unterscheiden. Ggf. funktioniert die Vernetzung zwischen Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung dort besonders gut, wo sich die

		Ziele ergänzen.
Leitlinien für die Bürgerbeteiligung	Die Ratsmitglieder vergangener Wahlperioden haben z.T. an der Erarbeitung von Leitlinien o.ä. teilgenommen und diese beschlossen. Wie stehen die Gemeinderäte sich anschließender Wahlperioden zu den von den Vorgängern beschlossenen Leitlinien?	Auch auf Seiten der Bürger/innen gibt es ggf. Veränderungen. Wie erfahren neue Einwohner/innen einer Kommune von den in der Vergangenheit beschlossenen der Leitlinien; bzw. wie werden sie dafür begeistert? Bedürfen die Leitlinien und Satzungen nicht einer ständigen Erneuerung ihres Rückhalts in der Bevölkerung?
Rolle der Verwaltung	Wie wird die Rolle der Verwaltung in einer Kommune von Seiten der Kommunalpolitik und der Bürger/innen gesehen? Bzw. in welchem Verhältnis sieht sich die Verwaltung gegenüber der Kommunalpolitik und den Bürger/innen? Von einer sog. trialogischen Betrachtung unter Berücksichtigung der Verwaltung, der Politik und der Bürgerschaft, hängt das Gelingen von Bürgerbeteiligung maßgeblich ab (Klages 2015, S. 5; Stadt Nürtingen 2013, S. 7).	

5. Fazit: Offene Fragen und Lehren für die Leitlinien & Satzungen zur Bürgerbeteiligung

Dieser Beitrag hat Einblicke und Ergebnisse aus Studien aufgeführt, die helfen, das Zukunftsthema Kommunalpolitik von Seiten des Netzwerk Bürgerbeteiligung zu bearbeiten. Ein in diesem Zusammenhang wichtiger Aspekt für das Netzwerk Bürgerbeteiligung ist der Austausch mit den Netzwerker/innen, die selbst politisch tätig sind. Mit ihnen sollte dringend die Zusammenarbeit gesucht werden. Denn anstatt weiter über die Kommunalpolitik zu reden, sollten wir besser mit ihren Vertreter/innen ins Gespräch kommen.

Unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen sollten diese Gespräche und Kontakte aber weniger zu einzelnen Vertreter/innen sondern vor allem zu den größeren Organisationseinheiten der Kommunalpolitik wie Fraktionen und Parteienstrukturen gesucht werden. Gibt es beispielsweise Gemeinderäte, die ihre Unterstützung für Leitlinien zur Bürgerbeteiligung erneuern, wenn die Beschlüsse hierzu aus vergangenen Wahlperioden stammen? Hätte das überhaupt einen Nutzen? Wie werden die Fraktionen als wichtige Orte der Diskussion und Meinungsbildung für Kommunalpolitiker/innen in Prozesse der Bürgerbeteiligung einbezogen? Können Kommunalpolitiker/innen unter dem Gesichtspunkt ihrer endlichen zeitlichen Ressourcen überhaupt intensiv in Beteiligungsprozesse einbezogen werden oder kann/muss die Verwaltung nicht die Schnittstelle bilden?

Dass es Gesprächsbedarf zwischen den Engagierten für Bürgerbeteiligung und der Kommunalpolitik gibt, zeigt z.B. die erste Evaluation der Heidelberger Leitlinien für Bürgerbeteiligung. Zusammengefasst stehe die Kommunalpolitik der Bürgerbeteiligung ambivalent gegenüber (Stadt Heidelberg 2014, S. 10–11). Die Aufzählung von »neuralgischen Punkten«, deren Beachtung für eine gute Prozessgestaltung empfohlen wird, macht überdies deutlich, wie wichtig die Definition und Ausgestaltung der Schnittstellen zwischen Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik ist (Stadt Heidelberg 2014, S. 18–19).

Anmerkungen

Dieser Beitrag erschien zuerst im eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2018 vom 17.12.2018

(1) Siehe zum Beispiel <http://www.beteiligungskompass.org> oder https://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Diskurspapiere/AfB-Methodenhandbuch_WEB.pdf (Abruf am 05.10.2018).

(2) Eine Liste professioneller Anbieter ist zu finden unter <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/professionelle-anbieter-der-buergerbeteiligung> (Abruf am 01.10.2018).

(3) Im Netzwerk Bürgerbeteiligung arbeitet ein Thementeam zur Wirkungsforschung: <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/thementeams/einzelansicht-thementeams/article/wirkungsforschung-neu-denken> (Abruf am 01.10.2018).

(4) Bürgerbeteiligung sei aber heute nicht mehr nur auf die politische Partizipation an Entscheidungsprozessen begrenzt, sondern umfasst auch eine Beteiligung an wirtschaftlichen und kulturellen Fragen (Stock 2011, S. 14).

(5) Vgl. https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Netzwerktreffen_2018/doku/2_world_caf%C3%A9_final.pdf (Abruf am 28.09.2018).

(6) In Bezug auf z.B. Planungszellen oder Bürgerhaushalte wird manchmal von kooperativer Demokratie gesprochen (z.B. Vetter et al. 2013, S. 256–257), in anderen Fällen werden diese Verfahren unter dem Begriff einer deliberativen Demokratie gefasst (Kersting 2013, S. 1). Es liegt nahe, dass die Bezeichnung als deliberative Verfahren eher auf den Modus der Diskussion im Verfahren abzielt und die Bezeichnung als kooperatives Verfahren versucht deutlich zu machen, dass diese Verfahren Kooperationen zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik bedeuten.

(7) Zudem beschäftigt sich ein Thementeam des Netzwerks Bürgerbeteiligung mit der Kopplung von partizipativer, direkter und parlamentarischer Demokratie. Vgl. <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/thementeams/einzelansicht-thementeams/article/kopplung-von-partizipativer-direkter-und-parlamentarischer-demokratie> (Abruf am 28.09.2018).

(8) Es wurde nur die Anzahl der Bürgerentscheide, nicht aber die Summe aus der Anzahl von Bürgerbegehren (ca. 5.800) und Ratsreferenden (ca. 1.200) herangezogen. Nicht jedes Begehren führt zu einem Entscheid und die Durchführung eines Entscheids sagt noch nichts darüber aus, ob sich die Bürgerschaft gegenüber dem Gemeinderat durchsetzen kann. Allerdings führen bereits einige Bürgerbegehren, also die Vorstufen zu Bürgerentscheiden, zu einem Umdenken der Gemeinderäte (Rehmet und Mittendorf 2016, S. 27).

(9) Bürgerhaushaltverfahren, die eingeführt oder fortgesetzt wurden.

(10) Vgl. z.B. http://buergerhaushalt.org/de/best_practice (Abruf am 17.10.2018). Bei der Bürgerbeteiligung an den kommunalen Haushalten darf die z.T. prekäre Haushaltssituation in vielen Kommunen nicht vergessen werden (Bogumil und Holtkamp 2013, S. 60).

(11) Online ist eine Abbildung des genannten Säulenmodells hier zu sehen: <https://www.bipar.de/saeulen-der-demokratie> (Abruf am 07.10.2018).

(12) Maihofers Organisationsprinzip darf nach den Ausführungen zur Komplementarität von Repräsentation und Partizipation allerdings nicht sogleich zu einem Rückfall in ein Entweder-Oder von Partizipation und Repräsentation führen. Es bedarf Partizipation und Repräsentation parallel zueinander, was bedeuten kann, viel Partizipation an repräsentativer Politik zu ermöglichen.

(13) D.h. es liegen nur sehr geringe Barrieren für eine Teilnahme vor, so dass viele Menschen die gleichen Chancen haben, sich über dieses Verfahren zu beteiligen.

(14) Sommer und Paust (2018) stellen ein Weiterbildungskonzept von Praktiker/innen für Politiker/innen vor, das Informationsdefizite über Bürgerbeteiligung abzubauen sucht.

(15) Siehe <https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/kommunale-beteiligungspolitik-gestalten/qualitaetskriterien-buergerbeteiligung/> (Abruf am 11.10.2018) oder Dienel et al. 2014.

(16) Interessant ist der Vortrag von Christian Ude auf der Allianztagung Vielfältige Demokratie, in dem er sehr prägnant seine Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung schildert:

<https://www.youtube.com/watch?v=JyndHxkq16Y> (Abruf am 11.10.2018).

Literaturverzeichnis

Allianz Vielfältige Demokratie (Hg.) (2017): Mitreden, Mitgestalten, Mitentscheiden. Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. Online verfügbar unter

http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/171226_Impulspapier_3_Auflage_FINAL.pdf

Allianz Vielfältige Demokratie (Hg.) (2018): Bürgerbeteiligung, Volksabstimmungen, Parlamentsentscheidungen. Empfehlungen und Praxisbeispiele für ein gutes Zusammenspiel in der Vielfältigen Demokratie. Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Vielfaeltige_Demokratie_gestalten/Buergerbeteiligung_Volksabstimmungen_Parlamentsentscheidungen.pdf

Bertelsmann Stiftung (2014): Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie »Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden«. Unter Mitarbeit von Ulrich Eith, Rolf Frankenberger, Brigitte Geißel, Oscar W. Gabriel, Norbert Kersting und Roland Roth. Gütersloh. Online verfügbar unter http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-F4CB03C8-300BE188/bst/xcms_bst_dms_40279_40280_2.pdf

Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Vollständige Neufassung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, 1329).

Braun, Kathrin; Könninger, Sabine (2018): From experiments to ecosystems? Reviewing public participation, scientific governance and the systemic turn. In: Public understanding of science (Bristol, England) 27 (6), S. 674–689. DOI: 10.1177/0963662517717375.

Cheneval, Francis; el-Wakil, Alice (2018): Introduction to the Debate: Do Referendums Enhance or Threaten Democracy? In: Swiss Political Science Review 24 (3), S. 291–293. DOI: 10.1111/spsr.12320.

Deutscher Bundestag (2015): Ausarbeitung - Sinkende Wahlbeteiligung in Deutschland. Ursachen und Lösungsvorschläge. Online verfügbar unter <https://www.bundestag.de/blob/407782/1d83e5629dc19e1d2299fb2ff13568od/wd-1-008-15-pdf-data.pdf>

Dienel, Hans-Liudger; Franzl, Kerstin; Fuhrmann, Raban D.; Lietzmann, Hans J.; Vergne, Antoine (Hg.) (2014): Die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren. Evaluation und Sicherung von Standards am Beispiel von Planungszellen und Bürgergutachten. 1. Aufl. München: oekom verlag.

Egner, Björn; Krapp, Max-Christopher; Heinelt, Hubert (2013): Das deutsche Gemeinderatsmitglied. Problem-sichten - Einstellungen - Rollenverständnis. Wiesbaden: Springer Fachmedien (SpringerLink : Bücher).

Ermert, Julian; Pützer, Hannah; Ruesch, Michelle (2015): 8. Statusbericht des Portals Buergerhaushalt.org. Bundeszentrale für Politische Bildung; Engagement Global. Bonn. Online verfügbar unter http://www.buergerhaushalt.org/sites/default/files/downloads/Statusbericht_2015_Stand_24052015_aktualisierteVersion.pdf

Fuhrmann, Raban Daniel; Brunn, Moritz (2005): Stärkung der kommunalpolitischen Arbeit durch coaktive Problemlösungsverfahren - Eine Auswahlhilfe für kommunale Entscheider. In: Alexander Stock und Jürgen Kegel-

mann (Hg.): Kommunalpolitik der Zukunft. Partnerschaftlich und professionell. Stuttgart: Ibidem-Verlag, S. 121–144. Online verfügbar unter <http://procedere.org/wp-content/uploads/2011/11/MMM-Kommunalpolitik.pdf>

Fuhrmann, Raban Daniel; Brunn, Moritz Johannes (2016): »Wetterfeste« Bürgerbeteiligung. Erfolgsfaktoren für die Verstärkung von Beteiligung durch Institutionalisierung auf kommunaler Ebene. In: Technikfolgenabschätzung - Theorie und Praxis 25 (2), S. 72–79.

Fung, Archon (2015): Putting the Public Back into Governance: The Challenges of Citizen Participation and Its Future. In: Public Administration Review (Early View (Online Version of Record published before inclusion in an issue)), S. 1–10. DOI: 10.1111/puar.12361.

Gessenharter, Wolfgang (2012): Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligungen – Theorie und Praxis. In: Stephan Braun und Alexander Geisler (Hg.): Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 237–246.

Gohl, Christopher (2011): Prozedurale Politik am Beispiel organisierter Dialoge. Wie politische Beteiligung professionell gestaltet werden kann - eine Grundlegung. 1. Aufl. Münster: Lit Verlag (Region - Nation - Europa, 67).

Goldschmidt, Rüdiger (2014): Kriterien zur Evaluation von Dialog- und Beteiligungsverfahren. Konzeptuelle Ausarbeitung eines integrativen Systems aus sechs Metakriterien. Wiesbaden: Springer VS.

Holtkamp, Lars (2014): Die Zukunft der Kommunalparlamente und der kommunalen Demokratie. In: Elke Wiechmann und Jörg Bogumil (Hg.): Arbeitsbeziehungen und Demokratie im Wandel. Festschrift für Leo Kißler. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 281–302.

Kersting, Norbert (1997): Bürgerinitiativen und Verwaltungsmodernisierung. In: Jörg Bogumil und Leo Kißler (Hg.): Verwaltungsmodernisierung und lokale Demokratie. Risiken und Chancen eines Neuen Steuerungsmodells für die lokale Demokratie. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos, S. 73–92.

Kersting, Norbert (2013): Hybride Partizipation - Verknüpfung von direkter und deliberativer Demokratie anhand zweier internationaler Beispiele. eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2013 vom 09.07.2013. Hg. v. Netzwerk Bürgerbeteiligung. Bonn. Online verfügbar unter http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/nwbb_beitrag_kersting_130708.pdf

Kestler, Thomas (2011): Demokratische Dilemmata: Zum Verhältnis zwischen Repräsentation und Partizipation. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21 (3), S. 391–422.

Kielmansegg, Peter (2016): Repräsentation und Partizipation. Überlegungen zur Zukunft der repräsentativen Demokratie. Stuttgart: in Kommission bei Franz Steiner Verlag (Sitzungsberichte der Wissenschaftlichen Gesellschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Band 53, Nr. 3).

Klages, Helmut (2015): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Verschiedene Ansätze einer Verstetigung und Institutionalisierung der Beteiligung. Hg. v. Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Düsseldorf. Online verfügbar unter http://gutvertreten.boell.de/sites/default/files/policy_paper_o4_helmut_klages.pdf

Kleger, Heinz (2018): Demokratisches Regieren. Bürgersouveränität, Repräsentation und Legitimation. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos (German and European studies of the Willy Brandt Center at the Wrocław University, Band 9).

Knemeyer, Franz-Ludwig (1997): Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik. Mitwirkungsrechte von Bürgern auf kommunaler Ebene. 2., erw. Aufl. Landsberg/Lech: Olzog (Geschichte und Staat, 307).

Korte, Karl-Rudolf (2017): Kommunalwahlen. Hg. v. Bundeszentrale für Politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahlen-in-deutschland/249570/kommunalwahlen>

Landua, Detlef; Beckmann, Klaus J.; Bock, Stephanie; Reimann, Bettina (2013): Auf dem Weg, nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung - Ergebnisse einer Kommunalbefragung. Deutsches Institut für Urbanistik. Berlin (Difu-Papers).

Lange, Christian (2018): Konflikte in kommunalen Beteiligungsprozessen. Hg. v. Netzwerk Bürgerbeteiligung. Bonn (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung, 03/2018). Online verfügbar unter https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beaetraege/2_2018/nbb_beitrag_lange_180713.pdf

Maihofer, Werner (1994): Prinzipien freiheitlicher Demokratie. In: Ernst Benda, Werner Maihofer und Hans-Jochen Vogel (Hg.): Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland. Unter Mitarbeit von Konrad Hesse und Wolfgang Heyde. 2. Aufl. Berlin: Walter de Gruyter, Rn. 1–193.

Merkel, Wolfgang (2014): Ist die Krise der Demokratie eine Erfindung? In: Michael Reder und Mara-Daria Cojocaru (Hg.): Zukunft der Demokratie. Ende einer Illusion oder Aufbruch zu neuen Formen?: Kohlhammer Verlag (Globale Solidarität - Schritte zu einer neuen Weltkultur, 24), S. 25–46.

Näsström, Sofia (2006): Representative Democracy as Tautology. Ankersmit and Lefort on Representation. In: European Journal of Political Theory 5 (3), S. 321–342. DOI: 10.1177/1474885106064664.

Neunecker, Martina (2016): Partizipation trifft Repräsentation. Die Wirkungen konsultativer Bürgerbeteiligung auf politische Entscheidungen. 1. Aufl. 2016. Wiesbaden: Springer VS (Springer-Link : Bücher).

Nullmeier, Frank (2015): Repräsentation und Beteiligung. Zur Neubestimmung des demokratischen Systems. Hg. v. Stiftungsverbund der Heinrich-Böll-Stiftungen. Düsseldorf. Online verfügbar unter http://gutvertreten.boell.de/sites/default/files/policy_paper_o8_frank_nullmeier.pdf

Oliveira, Lourenço Jardim de (2017): Is Participation a Complement to Representation? Online verfügbar unter <http://www.thegoodlobby.eu/is-participation-a-complement-to-representation/>

Patzelt, Werner J. (2012): Abgeordnete und ihr Beruf. In: Stephan Braun und Alexander Geisler (Hg.): Die verstimmete Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 153–162.

Petersen, Jürgen (2010): Repräsentation in Demokratien. Konzepte deutscher und amerikanischer Politiker. Frankfurt am Main: Campus (Nordamerikastudien, 26).

Rehmet, Frank; Mittendorf, Volker (2016): Bürgerbegehrensbericht 2016. Hg. v. Mehr Demokratie e. V., Institut für Demokratie- und Partizipationsforschung und Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie.

Renner, Paul (2018): Bürgerbeteiligung als Herzstück der Kommunalpolitik. Das Verhältnis zwischen Bürgerbeteiligung und Kommunalpolitik. Hg. v. Netzwerk Bürgerbeteiligung. Bonn (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung, 03/2018). Online verfügbar unter https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/3_2018/nbb_beitrag_renner_181025.pdf

Roth, Roland (2017): Bürgerpartizipation – Stärkung oder Aushöhlung kommunaler Demokratie? In: Hartmut Bauer, Christiane Büchner und Lydia Hajasch (Hg.): Partizipation in der Bürgerkommune. Potsdam: Universitätsverlag (KWI Schriften, 10), S. 57–79.

Rudzio, Wolfgang (2015): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 9., akt. u. erw. Aufl. 2015. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Schäfer, Armin; Schoen, Harald (2013): Mehr Demokratie, aber nur für wenige? Der Zielkonflikt zwischen mehr Beteiligung und politischer Gleichheit. In: Leviathan 41 (1), S. 94–120.

Schröder, Carolin (2013): Evaluation von Beteiligung als Theorie-Praxis-Aufgabe. In: pnd|online (2-3), S. 1–9. Online verfügbar unter http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/2-3_2013/schrder_carolin.pdf

Selle, Klaus (2013): Über Bürgerbeteiligung hinaus. Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe? Analysen und Konzepte. Detmold: Dorothea Rohn (Edition Stadt-Entwicklung).

Sommer, Jörg; Paust, Andreas (2018): Partizipative Weiterbildung von Kommunalpolitiker/innen. Ein neues Weiterbildungskonzept von Praktiker/innen für Politiker/innen. Hg. v. Netzwerk Bürgerbeteiligung. Bonn (eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung, 03/2018). Online verfügbar unter https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/newsletter_beitraege/3_2018/nbb_beitrag_sommer_paust_181025.pdf

Stadt Heidelberg (2014): Evaluationsbericht zu den Leitlinien für mitgestaltende Bürgerbeteiligung in der Stadt Heidelberg 2014. Zusammenfassung. Online verfügbar unter

http://www.heidelberg.de/site/Heidelberg_ROOT/get/documents_E-711433997/heidelberg/Objektdatenbank/12/PDF/12_pdf_Evaluationsbericht_Gesamtbericht.pdf

Stadt Nürtingen (2013): Bürgerbeteiligung in Nürtingen. Nürtingen. Online verfügbar unter http://konzept.buergerbeteiligung-nuertingen.de/dito/explore/Endfassung_Konzept-Systematische-Buergerbeteiligung_Stand-31-07-2013.pdf?action=openattachment&id=541&attachmentid=112

Steinbrecher, Markus (2009): Politische Partizipation in Deutschland. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Stiftung Mitarbeit & ÖGUT (Hg.) (2018): Bürgerbeteiligung in der Praxis. Ein Methodenhandbuch. Bonn (Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen, 52).

Stock, Marion (2011): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Vielfalt ermöglichen - Herausforderungen annehmen - Perspektiven gestalten. Eine Einführung. In: Stiftung Mitarbeit (Hg.): Die Zukunft der Bürgerbeteiligung. Herausforderungen - Trends - Projekte. Unter Mitarbeit von Marion Stock. Bonn: Stiftung Mitarbeit (Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten, 25), S. 10–23.

Thaa, Winfried (2012): Partizipation und Repräsentation. Eine theoretische Neubewertung und ihre offenen Fragen. In: Gisela Riescher und Beate Rosenzweig (Hg.): Partizipation und Staatlichkeit. Ideengeschichtliche und aktuelle Theoriediskurse. Stuttgart: Franz Steiner (Staatsdiskurse, 23), S. 109–130.

Van Deth, Jan W. (2016): What is Political Participation? Online-Version. Oxford (Oxford Research Encyclopedia of Politics). Online verfügbar unter

<http://politics.oxfordre.com/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-68?print=pdf>

Vetter, Angelika; Klages, Helmut; Ulmer, Frank (2013): Bürgerbeteiligung braucht Verstetigung und Verlässlichkeit: Gestaltungselemente einer dauerhaften und systematischen Bürgerbeteiligung in Städten und Gemeinden. In: Der moderne Staat 6 (1), S. 253–271.

Autor

Moritz Johannes Brunn studierte Staatswissenschaften (BA) an der Universität Erfurt und Politische Theorie (MA) an der Universität Essex. Derzeit promoviert er an der Universität Erfurt zum Thema der Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung in deutschen Städten. Zuvor hat er 7 Jahre bei KPMG in der Unternehmensberatung von Kreditinstituten gearbeitet. Seine Haupttätigkeiten waren die Prozess- und Organisationsberatung. Daneben hat er sich in professionellen Netzwerken, u.a. PROCEDERE, zu Fragen der Beteiligung und der Verfahrensgestaltung engagiert.

Kontakt

E-Mail: moritzjohannesbrunn@web.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de